



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 13.03.2024 – Auszug aus Drucksache 19/744 –

Frage Nummer 46 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Mia
Goller**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Zum jüngst vorgelegten Entwurf des Doppelhaushalts 2024/2025, wonach Mittel für Zuwendungen für Miete, technische Ausstattung und Betriebskosten des Innovationszentrums des UN-Welternährungsprogramms (WEP), das seinen Sitz in der Münchener Altstadt hat, verwendet werden sollen, frage ich die Staatsregierung, wie teilen sich die geplanten Zuwendungen auf die genannten Bereiche auf (bitte für Miete, technische Ausstattung und Betriebskosten jeweils einzeln anteilig in Summe und Prozent angeben), warum sollen die Mittel im Vergleich zu den Vorjahren seit 2016 praktisch verdoppelt werden, obwohl die tatsächlichen Kosten seit der Ansiedelung des Zentrums in München im Jahr 2016 immer gleich geblieben sind und sogar unterhalb der in den vorherigen Haushaltsplänen veranschlagten Summen lagen, und wie begründet die Staatsregierung diese Haushaltsplanung mit der diese Verdoppelung der Unterstützung u. a. für die Miete in einer der teuersten Lagen Münchens zulasten von Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus vorstattengehen soll?

Antwort des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Der Innovation Accelerator ist von fünf auf über 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 41 Ländern angewachsen (fast 69 Prozent der Teammitglieder sind Frauen). Der Umzug in neue Räumlichkeiten war unumgänglich, zumal die Vorgängerimmobilie gekündigt wurde.

Bei der Umsetzung handelt es sich um eine haushaltstechnische Ressourcenallokation zur Stärkung des Innovation Accelerators des World Food Programme als eine im Jahr 2020 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Einrichtung der Vereinten Nationen am Standort München. Mit der Erhöhung sind keine inhaltlichen Vorgaben verbunden. Die Erhöhung geht auch nicht zu Lasten des Ökolandbaus.

Für die wichtigen Aufgaben der Förderung des ökologischen Landbaus in Bayern stehen weiterhin ausreichend Ausgabemittel zur Verfügung.